



## **Fraktion im Tuttlinger Kreistag**

Hans-Martin Schwarz, Steinstr. 54, 78532 Tuttlingen – Fraktionssprecher

### **Rede zur Verabschiedung des Kreishaushaltsplans 2018**

Ein Kreishaushaltsplan ist für die Offenen Grüne Liste keine Ansammlung von Daten und betriebswirtschaftlichen Kennwerten, sondern er steht für die Bereitstellung von Infrastruktur- und Unterstützungsmaßnahmen für unsere fast 140.000 Landkreis-Angehörigen. Rund 230 Mio. € werden im Jahr 2018 bewegt und werden dafür ausgegeben, das Leben der Kreisbewohner, sei es durch direkte Transferleistungen an Menschen, die sich selbst nicht helfen können oder durch Einrichtungen, in deren Trägerschaft unser Landkreis steht und für deren Investitionen und Unterhalt wir aufzukommen haben. Dass der Landkreis alle diese Aufgaben schultern kann, ist einer vorausschauenden Finanzpolitik zu verdanken, die einerseits kein Kaputtsparen, etwa durch einen zu geringen Aufwand für die Unterhaltung des Kreisvermögens vorsieht. Andererseits, aber auch durch eine klare Prioritätensetzung für ihre Investitionen und Aufgaben vornimmt. Dass in diesem Jahr noch 2,5 Mio. € Schulden getilgt werden und wir den Schuldenstand auf rund 34 Mio. € senken können, ist überaus erfreulich. Für kommende Investitionen konnten bereits Eigenmittel von ca. 10 Mio. € angespart werden, so dass im Finanzierungszeitraum nun 35 Mio. € Schuldenstand nicht überschritten werden, damit entfernen wir uns immer weiter von der ehemaligen Obergrenze von 40 Mio. €. Dass die Summe von 30,5 Mio. € Investitionssumme in das Landratsamt mit einem Mix aus Rückstellungen und angesparten Eigenmitteln ohne eine Netto-Neuverschuldung geschultert werden, kann man als eine komfortable Situation bezeichnen. Vor allem ist dies aber ein klares Signal, dass nicht im sozialen Bereich, bei der Unterstützung von freien sozialen Trägern oder ökologischen Anliegen der Rotstift angesetzt wird.

Thema Asylbewerber: Der Landkreis hat mit ruhiger Hand und entsprechendem Personal die Verteilung der Flüchtlinge auf die Kreisgemeinden im Zuge der Anschlussunterbringung vorgenommen. Dass die Betreuungspauschale den Kreisgemeinden wahlweise selbst zur Verfügung gestellt wird, um Unterbringung und Betreuung der Flüchtlinge zu gewährleisten, halten wir im Sinne einer Dezentralisierung der Aufgaben für den richtigen Weg. Die berufliche Integration der Flüchtlinge und damit der Weg heraus aus den staatlichen Transferzahlungen ist eine zentrale Aufgabe im Jahr 2018. Die OGL

ist sich sicher, dass Kreis- und Arbeitsverwaltung, Berufsschulen und Arbeitgeber hierbei einen guten Job machen. Gerade in einem Landkreis mit faktischer Vollbeschäftigung sind wir prädestiniert, Arbeitsmöglichkeiten anzubieten. Wir halten hier das Konzept der grün-schwarzen Landesregierung 3 plus 2, 3 Jahre Ausbildung und zwei Jahre im Beruf – auch für Flüchtlinge mit zeitlich begrenztem Bleiberecht für zukunftsweisend. Dafür muss das Erlernen der deutschen Sprache im Fokus stehen. Wir wissen aber auch, dass bei den Volkshochschulen und anderen Bildungsträgern schon viele Zertifikate über den erfolgreichen Erwerb der deutschen Sprache in Wort und Schrift für Flüchtlinge überreicht wurden. Mit dem Konzept, Probleme, aber auch Erfolge in der Integrationsarbeit klar zu benennen, fahren wir einen guten Kurs.

Gerade auch angesichts des schwierigen Bundestagswahlergebnisses, das für die Rechtspopulisten über 12 % der Stimmen brachte, müssen wir als die übrigen 87 % in diesen Fragen zusammenstehen und eine Gegenöffentlichkeit zu Hass und Hetze darstellen.

Die OGL nimmt erfreut zur Kenntnis, dass der Landkreis in seinem 2. Jahr als Fair-Trade-Landkreis immer wieder Aktivitäten unternimmt, um dieses Thema eines gerechten Welthandels und der Bekämpfung von Armut und Perspektivlosigkeit als Fluchtursachen in den Entwicklungsländern auf die öffentlichen Agenda zu bringen.

Im sozialen Bereich haben sich Präventionsmaßnahmen und die starke Unterstützung der freien sozialen Träger bewährt. Wir sind froh darüber, dass sich die Landkreisverwaltung und der Kreistag aufgeschlossen gezeigt haben, dem Kinderschutzbund für seine Arbeit mit Eltern und Kindern benachteiligter Familie einen erhöhten Zuschuss zukommen zu lassen, ebenso der Obdachlosenarbeit der Arbeiterwohlfahrt und der Schwangerenberatung der Diakonie. Trotz nur 2,6 % Arbeitslosenquote bleibt die Zahl der Hartz 4 – Empfänger stabil, die Zahl der Menschen, die in die Altersarmut geraten nimmt im kommenden Jahr sogar um 9% auf über 1100 zu. Gerade im Hinblick auf die sinkenden Renten, auch von Menschen, die stets gearbeitet haben, wird hier auf die Landkreise noch einiges zukommen.

Die OGL begrüßt den Altenhilfeplan des Landkreises, der zusammen mit den Verbänden und Betroffenen erarbeitet wurde. Die Ziele, durch ambulante Hilfen ein langes Wohnen zu Hause zu fördern, aber auch neue Formen des Zusammenlebens der Generationen auf den Weg zu bringen, sind richtig. Dass der Pflegestützpunkt dafür eine weitere halbe Stelle erhält, ist sinnvoll, um Betroffene und Angehörige zeitnah und umfassend zu beraten. Wir sollten aber auch bei aller Sympathie für ambulante Betreuung die Arbeit der Pflegeheime nicht tabuisieren, denn auch eine Heimunterbringung kann manchmal der richtige und einzige Weg sein.

Unser Anliegen aus dem Vorjahr, mehr Frauen in Leitungs- und Führungspositionen im Landratsamt zu etablieren, hat leider noch nicht in die

Existenz eines speziellen Frauenförderplan gemündet. Dennoch hat sich immerhin z. B. mit der weiblichen Amtsleiterin-Besetzung bei TUTICKET etwas in der für uns richtigen Richtung getan.

Beim ÖPNV sind wir der Meinung, dass der Landkreis als Verkehrsträger mitverantwortlich ist, kreisweite Probleme des motorisierten Individualverkehrs zumindest zu mildern. Die Entwicklung der Fahrgastzahlen stagniert leider. Wir erhoffen uns, dass das vorbildliche Konzept der Jobtickets des Landkreises künftig deutlich verstärkt angenommen wird, wenn zusätzlich 300 Beschäftigte künftig im neuen Landratsamt in unmittelbarer Nähe zum Bahnhof arbeiten. Wir sollten unser Geld für zukunfts-gerichtete Mobilitätsformen ausgeben und nicht jedem Bequemlichkeitsanspruch nach Parkplätzen nachgeben. TUTICKET könnte hierbei ein Park&Ride-Konzept entwickeln. Ein paar Minuten Fußweg zur Arbeitsstelle sind akzeptabel und gesund, um die Kasse des Landkreises zu schonen und weiteres Verkehrschaos zu verhindern. Dass wir mehr über das Parken reden als über das Zusammenführen der Kreisverwaltung an einem Ort - verbunden mit modernen Arbeitsplätzen und Einsparungen an Energie wie auch dem Bau einer großen Photovoltaikanlage -, verstellt leider den Blick auf das Ganze.

Die Offene Grüne Liste zeigt sich einerseits erfreut, über den geringeren Abmangel für unsere Kreisklinken in Spaichingen und Tuttlingen von nunmehr einer Mio. € im Jahr 2018. Die Modernisierung und Sanierung des Bettenhauses in Tuttlingen stellt derzeit eine nicht unbeachtliche Investition dar. Wir weisen jedoch auch darauf hin, dass das Pflegepersonal nicht überbelastet werden kann und dass die Geschäftsführung der gGmbH sowohl die Patienten wie auch das Personal im Blick haben muss. Im Hinblick auf die Funktion der Medizinischen Versorgungszentren in Trossingen und Spaichingen erhoffen wir uns konzeptionell einen Beitrag zur flächendeckenden Gesundheitsversorgung in unserem Landkreis, zumal der Ärztemangel in unserer ländlichen Region uns hierbei noch zu weiterem Handeln zwingen wird.

Den Einstieg in die Planung eines neuen Zugangs- und Verwaltungsgebäude im Freilichtmuseum begrüßen wir mehrheitlich, auch die Errichtung eines neuen Besucher-WC's im kommenden Jahr. Wir sollten allerdings hier ein Stück weit Politik nach Kassenlage machen, im Haushaltsplan ist daher diese Investition ja erst ab dem Jahr 2021 ausgewiesen.

Wir gehen einig mit der geplanten Absenkung der Kreisumlage um einen Punkt auf 33,4 % oder um ca. 2 Mio. € Die Gemeinden bekommen dadurch etwas mehr Luft für Investitionen und der Landkreis kann seine jetzigen und künftig absehbaren Aufgaben schultern. Wir erinnern aber – wie immer - daran, dass die Prokopfverschuldung bei uns deutlich höher liegt als der Durchschnitt der anderen Landkreise im Regierungsbezirk Freiburg.

Den Akteuren im Landratsamt, die diesen Haushaltsplan, erstmalig auf Grundlage der Doppik mit Zusatzinformationen aus der Kameralistik zum besseren Verständnis für uns erarbeitet haben, danken wir.

Dem vorgelegten Haushaltsplan stimmen wir zu.

Hans-Martin Schwarz